

Das Problem der Verrentung der geburtenstarken Jahrgänge in Deutschland 2026 – 2036

und dessen Bezug zu Frage 33 der ÖDP-Befragung der OB- Kandidierenden für die Kommunalwahl am 8.3.2026

„Wie ist Ihre Vision für Ansbach?“

Bei der Befragung der Kandidierenden für die Oberbürgermeister-Wahl in der Stadt Ansbach am 8. März 2026 durch den ÖDP-Ortsverband Ansbach haben die meisten Kandidierenden – mit Ausnahme von Oliver Rühl – die Dimension des Problems der Verrentung der geburtenstarken Jahrgänge in den nächsten 10 Jahren sowie die sich daraus für die Stadt Ansbach ergebenden Konsequenzen nicht erfasst. Es kamen Antworten wie

- mehr Ausbilden
- höhere Geburtenrate
- keine Zuwanderer mehr

Keine dieser Antworten wird der Problematik gerecht, deren wirtschaftliche Konsequenzen ich als gravierender wie Corona einschätze. Corona war nach drei Jahren vorbei, jedoch wird das immer größere Auseinanderdriften der Zahlen von Verrentungen und Nachwuchskräften auch in Jahrzehnten noch vorhanden sein.

Daher möchte ich diese Problematik kurz erörtern und das Ergebnis allen Kandidierenden mitteilen. Der/die nächste Ansbacher Oberbürgermeister/in soll von dem vermutlich größten Problem seiner 2026 beginnenden Amtszeit zumindest einmal gehört haben.

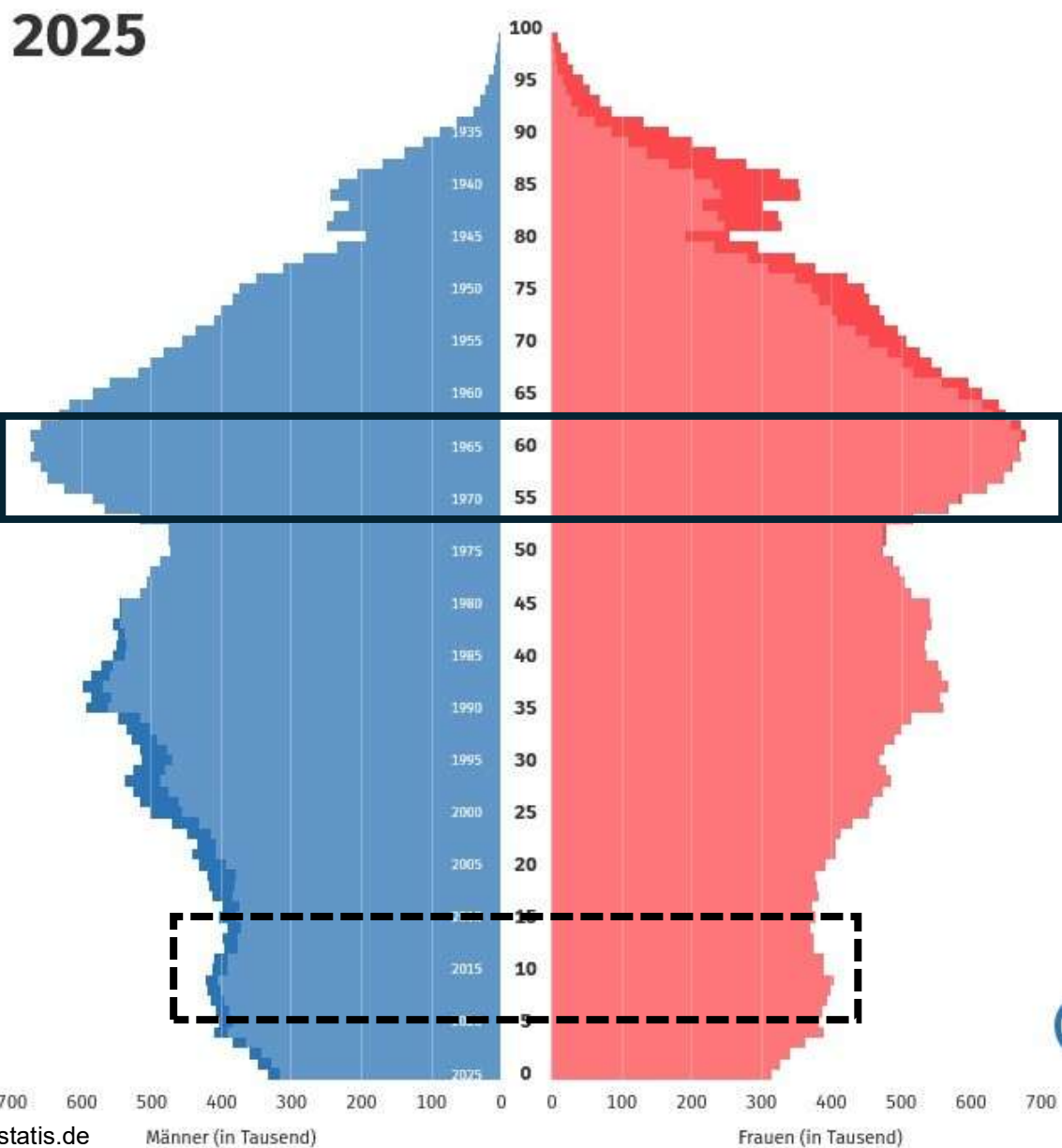
1. Die Verrentung der geburtenstarken Jahrgänge in Deutschland und seine Konsequenzen

In den Jahren 2026 bis 2036 wird der größte Teil der geburtenstarken Jahrgänge in Rente gehen. Bisher haben diese einen großen Teil der Arbeitsstellen in Deutschland besetzt und dadurch Wirtschaft, Sozialversicherung und Staatsfinanzen stabilisiert. Werfen wir einen Blick auf das Diagramm der folgenden Seite, welches die Bevölkerungsverteilung in Deutschland nach Altersgruppen im Jahr 2025 darstellt, so wird klar, welches Problem sich dadurch ergibt.

Die Jahrgänge 1959 bis 1968 erreichen in den nächsten 10 Jahren das Rentenalter von 67 Jahren (die meisten werden schon früher in Rente gehen). Diese Gruppe ist im Diagramm mit einem Rechteck mit durchgezogener Linie markiert.

Im gleichen Zeitraum erreichen die Jahrgänge 2008 bis 2017 das Alter von 18 Jahren, sollen also die Jahrgänge 1959 bis 1968 im Arbeitsmarkt ersetzen (man könnte auch das Alter von 17 oder 19 Jahren nehmen, es würde keinen nennenswerten Unterschied machen). Diese Gruppe ist im Diagramm mit einem Rechteck mit gestrichelter Linie markiert.

Auf den ersten Blick wird klar, dass die Gruppe der Neu-Rentner viel größer ist als die Gruppe, welche sie im Arbeitsmarkt ersetzen soll.



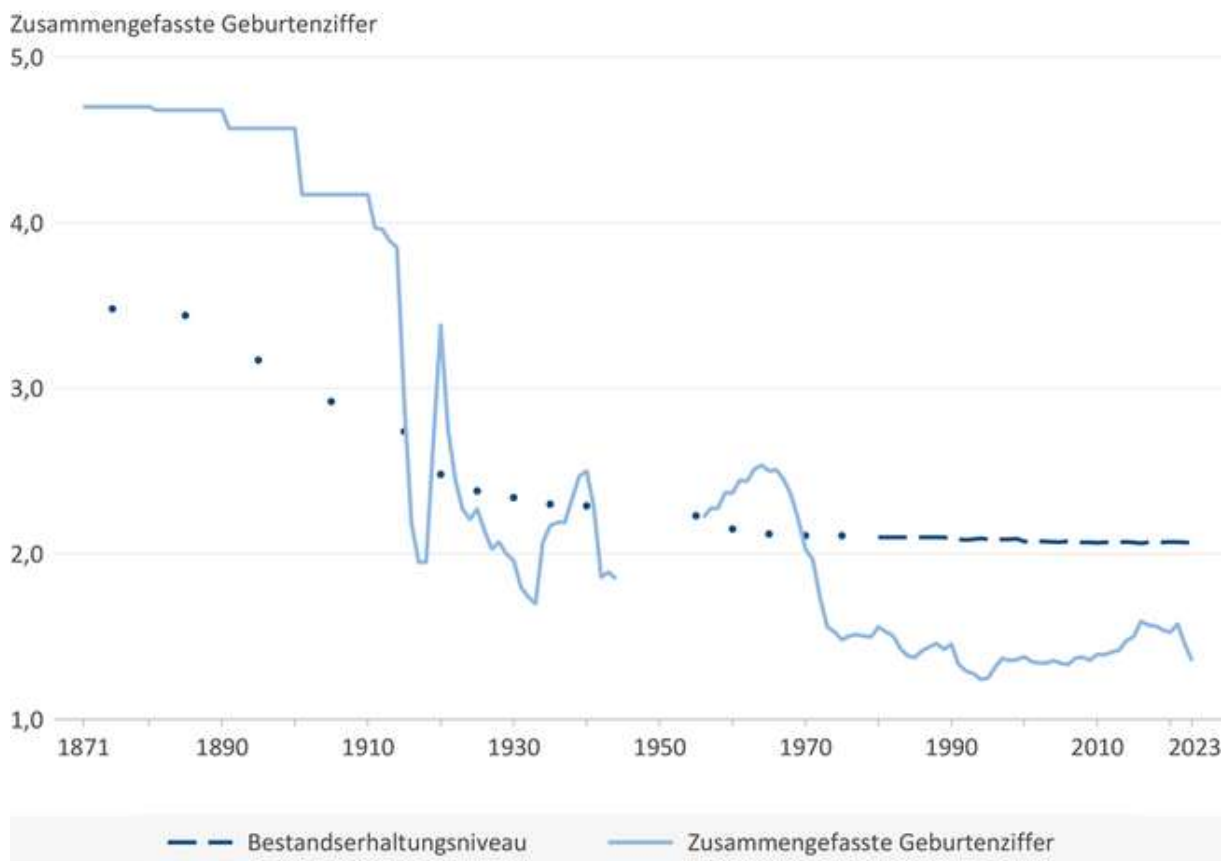
Betrachten wir die konkreten Zahlen der einzelnen Jahrgänge:

Jahrgang	Zahl	Jahrgang	Zahl
1959	1.155.500	2008	794.700
1960	1.201.400	2009	771.500
1961	1.257.500	2010	780.700
1962	1.283.100	2011	761.400
1963	1.329.300	2012	773.000
1964	1.351.300	2013	772.300
1965	1.336.000	2014	798.700
1966	1.344.100	2015	803.600
1967	1.318.500	2016	825.800
1968	1.247.100	2017	817.400
GESAMT	12.823.800		7.899.100

12,8238 Millionen Neurentnern werden in den nächsten 10 Jahren also lediglich 7,8991 Millionen Nachwuchs-Arbeitskräfte gegenüberstehen. Das bedeutet eine Lücke von rund 5 Millionen Menschen bzw. Nachwuchs-Arbeitskräften. Bezogen auf die Stadt Ansbach beträgt die Nachwuchs-Lücke ca. 2.500 Personen.¹

Der Grund für diese Entwicklung ist die Geburtenrate. Seit Anfang der 70er Jahre ist die Geburtenrate in Deutschland weit unter dem Wert von 2,1, welcher für die Erhaltung der Population nötig wäre (s. das folgende Diagramm).

Zusammengefasste Geburtenziffer in Deutschland (1871-2023)



Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB)

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Human Fertility Database, Berechnungen verschiedener Autoren

2024 hatte Deutschland nur noch eine Geburtenrate von 1,35 Kindern pro Frau im gebärfähigen Alter (der Fachausdruck „gebärfähiges Alter“ ist nunmal so). 1964 gab es in Deutschland 1,36 Millionen Geburten, 2024 waren es nur noch 677.117. Die Zahl der Geburten hat sich also halbiert!

Betrachtet man das untere Ende des Diagramms auf Seite 2, so fällt auf, dass die Zahl der Geburten weiter rapide fällt. Das Problem, dass jedes Jahr mehr Menschen in Rente gehen als in den Arbeitsmarkt nachkommen, wird also in 10 Jahren nicht besser, sondern eher noch größer. Geht es so weiter, werden in 2-300 Jahren von den heutigen Deutschen kaum noch Nachkommen vorhanden sein.

¹ In diesen Zahlen sind die in Deutschland bzw. Ansbach lebenden Zuwanderer bereits enthalten.

Verschärft wird der Nachwuchsmangel in den nächsten Jahren noch durch

- die personelle Verstärkung der Bundeswehr, welche junge Menschen dem Ausbildungs-/Arbeitsmarkt entzieht sowie
- den wachsenden Pflegebedarf einer älter werdenden Gesellschaft. Pflege ist sehr personalintensiv und benötigt weitere Arbeitskräfte.

Können die oben angesprochenen rund 5 Millionen Arbeitsstellen der geburtenstarken Jahrgänge, welche von den deutschen Nachwuchskräften nicht besetzt werden können, in den nächsten Jahren nicht anderweitig besetzt werden, so hätte das gravierende Auswirkungen für die Menschen in Deutschland:

- Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitskräfte würde sinken, demzufolge auch die Beitragszahlungen in die Sozialversicherung sowie die Steuerzahlungen.
- Niedrigere Beiträge zur Rentenversicherung bei einer gleichzeitigen Erhöhung der Anzahl der Rentenbezieher würden zwangsläufig eine Kürzung der Renten zur Folge haben.
- Unternehmen würden sich gegenseitig Mitarbeiter abwerben, mit immer höheren Gehältern.
- Weniger Mitarbeiter bedeuten ein Sinken der Produktion.
- Höhere Lohnkosten verringern die internationale Wettbewerbsfähigkeit und erhöhen die Inflation.

2. Möglichkeiten, dem Nachwuchsmangel zu begegnen

Auf die Frage an die OB-Kandidierenden, wie sie diesem Problem in Ansbach begegnen wollen, kamen Antworten wie

- bessere Ausbildung junger Menschen vor Ort
- Vorstellung der Betriebe in den Schulen,
- Praktika in Unternehmen
- Steigerung der Attraktivität von Ansbach als Lebens- und Arbeitsort
- Höhere Geburtenrate durch kinder- und familienfreundliche Kommunalpolitik
- Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Kostenfreie Kita
- Wohnraum schaffen
- Rückgewinnung von Teilzeitkräften

2.1 Ausbildung erhöht die Zahl der Nachwuchskräfte nicht

Die genannten Maßnahmen sind alle sinnvoll. Sie ändern aber nichts an dem Problem, dass mehr Arbeitskräfte in Rente gehen als zur gleichen Zeit in den Arbeitsmarkt nachrücken. Die zu wenigen Nachwuchskräfte können noch so viele Praktika machen und noch so gut ausgebildet werden, sie werden davon um keine Person mehr.

2.2 Arbeitslose und Bürgergeldempfänger

Oft wird gesagt „dann sollen halt die Bürgergeldempfänger und Arbeitslosen arbeiten“.

Es ist natürlich alles dafür zu tun, möglichst viele Menschen aus diesen beiden Gruppen in den Arbeitsmarkt zu bringen. Jedoch würde dies am Problem des fehlenden Nachwuchses

nichts ändern, da diese Menschen bereits in den Altersgruppen der Grafik auf Seite 2 enthalten sind. Junge Bürgergeldempfänger sind in den jungen Jahrgängen enthalten, ältere werden selbst in den nächsten Jahren in Rente gehen.

Selbst wenn alle Arbeitslosen und Bürgergeldbezieher in den Arbeitsmarkt integriert würden – was unrealistisch ist – würde das Problem des Nachwuchsproblem aufgrund der zu geringen Geburtenzahl das gleiche bleiben.

2.3 Höhere Geburtenrate

Eine Steigerung der Geburtenrate – wie von Boris-André Meyer vorgeschlagen - ist ein sehr erstrebenswertes Ziel und für Deutschland unbedingt nötig. Aber selbst gesetzt den Fall, es gelänge, die Zahl der Kinder pro Frau im gebärfähigen Alter ab sofort um die Hälfte zu erhöhen – was nötig wäre, wofür es aber keinerlei Anzeichen gibt – so wären diese zusätzlichen Kinder frühestens in 18 Jahren im Arbeitsmarkt. Also viel zu spät, um die in Rente gehenden geburtenstarken Jahrgänge zu ersetzen.

Mehr Kinder würden sogar den Bedarf an Zuwanderern erhöhen, so paradox das klingen mag. Kindererziehung ist eine sehr personalintensive Tätigkeit, die sich nicht automatisieren lässt. Entweder die Eltern bleiben zur Erziehung zu Hause (dann fehlen sie im Arbeitsmarkt) oder es braucht weitere Erzieher/innen und Lehrer/innen – welche dann wiederum anderweitig im Arbeitsmarkt fehlen würden.

2.4 Zuwanderer aus Deutschland

Denkbar wäre die Anwerbung von Fachkräften aus anderen Teilen Deutschlands.

Jedoch hat ganz Deutschland das gleiche Nachwuchsmangel-Problem. Es gibt heute schon ein Hauen und Stechen der Unternehmen, Städte, Regionen und Bundesländer untereinander um Arbeitskräfte, um Menschen. Da kämpft Siemens gegen BMW, München gegen Berlin, Bayern gegen Thüringen, Nürnberg gegen Ansbach, Oechsler gegen die Ansbacher Handwerksbetriebe. Freunde gibt es in diesem Wettbewerb keine.

Dieser Wettbewerb in Deutschland wird sich noch verstärken, wenn erst die geburtenstarken Jahrgänge in Rente gehen.

Ansbach muss sich natürlich in Deutschland als attraktiver Arbeitsort für Arbeitskräfte aus dem Aus- und Inland präsentieren. Damit lässt sich aber angesichts der innerdeutschen Konkurrenz allenfalls ein sehr kleiner Teil der Nachwuchs-Lücke in Ansbach schließen.

2.5 Künstliche Intelligenz

Automatisierung und Künstliche Intelligenz werden einen Teil der durch die Verrentung der geburtenstarken Jahrgänge freiwerdenden Stellen ersetzen. Jedoch lassen sich personalintensive Tätigkeiten wie Gesundheit, Erziehung, Reinigungsleistungen, Handwerk, Hotels/Gastronomie etc. nicht automatisieren oder durch KI ersetzen. In diesen Branchen stellen Zuwanderer heute schon einen großen Teil der Beschäftigten (z.B. stellen Ausländer/innen 18% aller Beschäftigten in Pflegeberufen). In Zukunft werden es durch die Verrentung der geburtenstarken Jahrgänge noch mehr werden müssen.

2.6 Abwanderung deutscher Fachkräfte verhindern

Andreas Abs behauptet, der Grund für den Nachwuchsmangel in Deutschland wäre die Abwanderung deutscher Fachkräfte. Das ist nicht korrekt, der Grund für den

Nachwuchsmangel ist die seit den 70er Jahren viel zu geringe Geburtenrate.

Die rund 200.000 pro Jahr aus Deutschland fortziehenden Arbeitskräfte sind zu einem großen Teil Studenten und Wissenschaftler, welche im Ausland studieren bzw. arbeiten. Ebenso deutsche Mitarbeiter/innen von Unternehmen im Ausland (z.B. Tourismus, Industrie). Viele dieser Abwanderer kommen nach einigen Jahren nach Deutschland zurück. Dieser internationale Austausch von Fachkräften ist für die deutsche Wissenschaft und Wirtschaft enorm wichtig.

Man kann auch keinem Beschäftigten in Deutschland verbieten, ins Ausland zu ziehen.

2.7 Ausländische Studierende

In gleichem Maße wie Deutsche zum Studieren ins Ausland gehen, kommen ausländische Studenten / Wissenschaftler / Mitarbeiter von Firmen nach Deutschland. Allein an den deutschen Universitäten studiert rund eine halbe Million Studierende aus dem Ausland. Diese sind natürlich potenzielle hochqualifizierte Nachwuchskräfte für den deutschen Arbeitsmarkt.

Die Hochschule Ansbach ist dabei benachteiligt. Sind im bundesdeutschen Durchschnitt rund 17% der Studierenden aus dem Ausland, so sind es an der Hochschule Ansbach nur 6%.

2.8 Zuwanderung

Als einzige Möglichkeit, dem Nachwuchskrätemangel in nennenswerter Weise zu begegnen, bleibt Zuwanderung nach Deutschland. Das können unterschiedliche Gruppen sein:

- Ehemalige deutsche Auswanderer
- Zuwanderer aus dem EU-Raum (allerdings haben alle EU-Länder das gleiche Problem)
- Organisierte / angeworbene Zuwanderer aus dem Nicht-EU-Raum
- Nicht organisierte Zuwanderung (Flüchtlinge, Asylbewerber)

Auf alle Fälle wären in den nächsten 10 Jahren sehr viele zusätzliche Zuwanderer nötig. Rund 5 Millionen. Anschließend wird der Bedarf an Zuwanderern nicht geringer, falls es nicht gelingt, die Geburtenrate in Deutschland zu steigern.

Vorteilhaft ist natürlich die Zuwanderung fertig ausgebildeter Arbeitskräfte. Für den Arbeitsmarkt spielt es jedoch letztlich keine Rolle, ob die Zuwanderer ausgebildet sind oder nicht. Unausgebildete Zuwanderer kann man ausbilden, keine Zuwanderer nicht. Schon heute arbeiten zahlreiche ehemalige Asylbewerber und Flüchtlinge als ausgebildete Kräfte im Handwerk oder Gesundheitswesen.

3. Konsequenzen für Ansbach im Fall des Ausbleibens der fehlenden Nachwuchskräfte

Die Umsetzung der Vorschläge der meisten OB-Kandidierenden würden bedeuten, dass jede/r Jugendliche, der/die in den nächsten 10 Jahren in den Arbeitsmarkt kommt,

- eineinhalb Berufe erlernen und gleichzeitig
- die Geburtenrate um die Hälfte steigern müsste.

Das wäre unrealistisch.

Sollte es in Ansbach nicht möglich sein, die Nachwuchs-Lücke von rund 2.500 Arbeitskräften in den nächsten 10 Jahren durch Zuwanderer zu schließen oder sollte gar die Forderung von Andreas Abs umgesetzt werden („keine weiteren Zuwanderer nach Ansbach“) so hätte das gravierende Folgen.

Zahlreiche Ansbacher Betriebe würden in den nächsten 10 Jahren (und darüber hinaus) wegen Personal- bzw. Nachfolgemangel den Betrieb einstellen:

- An erster Stelle das Ansbacher Krankenhaus, welches der wohl am stärksten von ausländischen Arbeitskräften abhängige Großbetrieb Ansbachs ist;
- viele Arztpraxen und weitere Gesundheits-Einrichtungen;
- Pflegeheime bzw. Teile davon;
- Handwerksbetriebe und industrielle Betriebe (in den nächsten 5 Jahren gehen alleine 30% der Facharbeiter und Meister in Rente – laut Handwerkskammer Nürnberg);
- Hotels und Gaststätten
- Sonstige Kleinbetriebe.

Insbesondere das Ansbacher Gesundheitswesen ist von Arbeitskräften aus dem Ausland existentiell abhängig. Kommen zu wenige oder gar keine neuen ausländischen Arbeitskräfte, so wäre es unmöglich, das Krankenhaus, die Ärzteversorgung und das Angebot an Pflegeplätzen in der aktuellen Form aufrecht zu halten, geschweige denn zu verbessern.

Die Großbetriebe würden sich vorerst behaupten können, indem sie den Kleinbetrieben mit immer höheren Gehältern die Mitarbeiter abwerben. Mittelfristig kämen auch sie in größte Existenzschwierigkeiten.

Sogar der öffentliche Dienst in Ansbach hätte immer größere Probleme, freie Stellen zu besetzen. Dadurch würden sich Bearbeitungen / Genehmigungen verzögern, was weitere negative Auswirkungen auf die Ansbacher Wirtschaft hätte.

Die Preise für Handwerkerstunden, Zuzahlungen bei Ärzten etc. würden wegen der gestiegenen Personalkosten enorm ansteigen.

Fazit

Zuwanderung hat in Deutschland weniger mit humanitären Aspekten, sondern v.a. mit demografischen und wirtschaftlichen Erfordernissen zu tun. Bisher war der Fachkräftemangel bereits erheblich, aber die geburtenstarken Jahrgänge haben den Arbeitsmarkt stabilisiert, was den Bedarf an Zuwanderern relativ klein gehalten hat.

Jetzt gehen die geburtenstarken Jahrgänge in Rente. Damit fängt die Zuwanderung jetzt erst richtig an. In Deutschland wie in Ansbach. Mit allen damit zusammenhängenden Problemen, aber letzten Endes ohne Alternative.

Januar 2026

Dr. Franz Hitzelsberger

Dipl.-Geograph (Univ.), Dipl.-Verwaltungswirt (FH)